

## Pressemitteilung 1/2019

Halle (Saale), den 15. Januar 2019

### Schneller Braunkohleausstieg hat deutliche Folgen in betroffenen Regionen

Wenn Deutschland die Braunkohleverstromung vorzeitig beendet, wird die Gesamtwirtschaft kaum beeinträchtigt. Allerdings zeigen Berechnungen des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) spürbare Effekte auf die Arbeitsmärkte des Rheinlands, Mitteldeutschlands und der Lausitz. Eine Region ist besonders betroffen von Arbeitslosigkeit und Abwanderung.

Deutschland kann seine Klimaziele nur erreichen, wenn es seinen Strom vermehrt aus anderen Energieträgern gewinnt als aus Braunkohle. Ein Ende des Braunkohleabbaus innerhalb der nächsten Jahrzehnte scheint deshalb absehbar. Welche ökonomischen Folgen hat dieser vorzeitige Ausstieg? Antworten darauf liefert eine neue Studie des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH). Oliver Holtemöller, stellvertretender Präsident und Leiter der Abteilung Makroökonomik am IWH, untersucht mit seinem Team ein Szenario, wonach Deutschland bis zum Jahr 2035 aus der Braunkohle aussteigt. Da die Folgen des Ausstiegs nachwirken, endet die Projektion im Jahr 2040. Sie vergleichen dieses Szenario mit einem Basisszenario, dem lediglich die bisher schon beschlossenen Maßnahmen ohne Ausstiegstermin zugrunde liegen. Dabei kommt ein regionalwirtschaftliches makroökonomisches Modell zum Einsatz, das anders als sonst übliche Input-Output-Analysen auch Preiseffekte, Wanderungsverhalten und staatliche Transfers durch die Arbeitslosenversicherung berücksichtigt.

Die Braunkohlewirtschaft spielt in Deutschland mit etwa 21 000 Beschäftigten im Jahr 2014 insgesamt eine untergeordnete Rolle. Das durchschnittliche Arbeitnehmerentgelt (Jahresbruttolohn plus Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber) von 68 000 Euro ist allerdings fast doppelt so hoch wie der deutsche Durchschnitt von 35 000 Euro. Der Ausstieg aus der Braunkohle dürfte somit den Durchschnittslohn in den drei unmittelbar betroffenen Regionen Rheinland, Mitteldeutschland und Lausitz spürbar mindern. Da vom Braunkohle-Aus zum Beispiel auch Zulieferer betroffen sind und die regionalen Einkommen insgesamt nachlassen, dürfte das Arbeitnehmerentgelt im Endjahr der Projektion (2040) in Gesamtdeutschland um 4,2 Milliarden Euro geringer ausfallen als ohne einen beschleunigten Ausstieg. Die Zahl der Erwerbstätigen sinkt laut Studie bis 2040 durch den schnelleren Ausstieg deutschlandweit um 16 000 Personen.

Weil ein Hochlohnsektor in den betroffenen Regionen wegfällt, dürfte sich die Verhandlungsposition der Arbeitnehmer bei Tarifabschlüssen verschlechtern. Ein Teil

ohne Sperrfrist

Pressekontakt  
Rafael Barth  
Tel +49 345 7753 832  
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner  
Oliver Holtemöller  
Tel +49 345 7753 800  
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts  
Bundesministerium für Umwelt,  
Naturschutz und nukleare Sicherheit  
(BMU), Bundesministerium für  
Wirtschaft und Energie (BMWi),  
Bundesministerium für Arbeit und  
Soziales (BMAS), Bundeskanzleramt

Wissenschaftliche Schlagwörter  
Braunkohleausstieg, Energie-  
wende, Klimawandel,  
Strukturwandel, Allgemeines  
Gleichgewichtsmodell

Leibniz-Institut für  
Wirtschaftsforschung Halle e. V.  
(IWH)

Tel +49 345 7753 60  
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8  
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61  
D-06017 Halle (Saale)

[www.iwh-halle.de](http://www.iwh-halle.de)

der ehemaligen Braunkohlebeschäftigten wird sich neue Arbeitsplätze außerhalb der Braunkohleregionen suchen und deshalb abwandern. Insbesondere jüngere und gut qualifizierte Betroffene dürften zügig anderenorts gute Beschäftigungsmöglichkeiten finden. Von diesem Phänomen ist insbesondere die Lausitz betroffen: Die Modellprojektion deutet darauf hin, dass etwa 2 500 Personen diese Region arbeitsplatzbedingt verlassen könnten. Zudem sinkt der durchschnittliche Brutto-lohn bis 2040 in der Lausitz am stärksten. Darüber hinaus wird die Arbeitslosigkeit dort zumindest vorübergehend steigen – in der Modellprojektion um 1,1 Prozentpunkte und damit so stark wie in keiner anderen Braunkohleregion.

Die Abwanderung aus den Braunkohleregionen führt auch in anderen Regionen zu ökonomischen Effekten. Wenn sich mehr Personen an anderen Orten niederlassen, dann steigt an diesen Zielorten die Nachfrage nach Wohnraum. Weil durch den Braunkohleausstieg das Stromangebot schrumpft, dürften die Strompreise steigen. Gesamtwirtschaftlich schlagen diese Effekte jedoch kaum zu Buche.

„Gesamtwirtschaftlich gesehen kann sich Deutschland einen schnelleren Ausstieg aus der Braunkohleverstromung leisten“, sagt Oliver Holtemöller. „Aber die regionalen Effekte sind durchaus beachtlich.“ Es sei insbesondere nicht davon auszugehen, dass in den unmittelbar betroffenen Regionen durch staatliche Maßnahmen schnell neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Der Strukturwandel werde sich über längere Zeit hinziehen und könne vor allem durch gute Rahmenbedingungen für Pendler und für die Gründung neuer privater Unternehmen abgefedert werden. Für die Menschen in den betroffenen Regionen seien Kompensationen nötig, etwa in Form von Abfindungen oder Umzugsbeihilfen.

---

#### Veröffentlichung

Holtemöller, Oliver; Schult, Christoph: Zu den Effekten eines beschleunigten Braunkohleausstiegs auf Beschäftigung und regionale Arbeitnehmerentgelte, in: [IWH, Wirtschaft im Wandel, Vol. 25 \(1\), 2019, 5-9](#), im Erscheinen.

#### Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Oliver Holtemöller  
Tel +49 345 7753 800  
[Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de](mailto:Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de)

#### Pressekontakt

Rafael Barth  
Tel +49 345 7753 832  
[presse@iwh-halle.de](mailto:presse@iwh-halle.de)

 [Das IWH auf Twitter](#)

 [Das IWH auf Facebook](#)

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftler/innen. Die jeweiligen Experten für die

dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 95 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter [www.leibniz-gemeinschaft.de](http://www.leibniz-gemeinschaft.de).